

Diese Äußerungen des Exarchen Boris hat das offizielle Organ des russischen Auslandssynods zu einer erneuten Präzisierung seiner Position veranlaßt. Danach sieht diese Richtung der russischen Auslandskirche ihre Aufgabe darin, sich jeder direkten oder indirekten Mitwirkung an der vom Moskauer Patriarchat unterstützten Sowjetpolitik zu enthalten. Man ist der Auffassung, daß sich die Moskauer Kirche seit der bekannten „Deklaration“ des Metropoliten Sergius im Jahre 1927 zur „freiwilligen Dienerin der gottlosen Sowjetregierung“ gemacht habe. Die Auslandskirche halte ihre Bindung an die Mutterkirche in der Heimat durch die liturgische Kommemorierung desjenigen Teils des russischen Episkopats aufrecht, welcher die sowjetische Legalisierung ablehne und in den „Katakomben“ wirke. Welcher Art sei aber die Politik, deren Träger die auslandsrussischen Gemeinden sein würden, denen der Exarch Boris die volle innere Autonomie verspricht und lediglich die Gebetskommemorierung des Moskauer Patriarchen abverlangt? Der Sachverhalt ist klar: „Obwohl uns für gewisse Zeit eine weitgehende Freiheit einer ‚autonomen‘ Moskauer Auslandskirche, ja sogar eine durch Seelenmessen für die ermordete Zarenfamilie mit Predigten über die Greuelthat von Jekaterinburg betonte Demonstrierung dieser Freiheit möglich erscheint, würden wir niemals vergessen, daß der ganze Sinn dieser zur Schau gestellten ‚Freiheit‘ der Kirche nur darin bestände, die westliche Welt über die tatsächliche Lage der Kirche in Sowjetrußland zu täuschen und der dortigen atheistischen Regierung die Möglichkeit zu geben, Glauben und Kirche in verschärftem Maße und unerbittlich zu verfolgen, ohne dabei durch ausländische Protestversammlungen behindert zu werden. Kein Stöhnen der Gläubigen Rußlands würde im Ausland vernommen werden, die westliche Welt würde nur die Lobhudeleien der ‚freien‘ Moskauer Kirche hören . . . Die Mitwirkung an einem solchen Betrug der freien Welt, die der Sowjetgewalt nur dazu verhelfen würde, die Kirche Christi in Sowjetrußland ungehindert zu unterdrücken, wäre natürlich ein ungeheures Verbrechen, das dem Verrat des Judas gleichkäme“ (Cerkovnaja Žizn', New York, Nr. 7—8, 1960, S. 127 f.).

Aus der islamischen Welt

Die politische Situation im Irak Ende 1960

In den zweieinhalb Jahren, die seit der Revolution vom 14. Juli 1958 vergangen sind, hat die politische Situation im Irak mancherlei radikale Veränderungen durchgemacht (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.; 14. Jhg., S. 26 f., 364 f.). Seit dem Sommer 1960 ist nun eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Man darf die gegenwärtige Phase in der innenpolitischen Entwicklung vielleicht als ein beinahe gelenktes Chaos bezeichnen. Die durchaus beachtliche Regierungskunst General Kassem bestand bisher im wesentlichen darin, mit Hilfe einer oder mehrerer der widerstreitenden Gruppen gegen die anderen zu regieren, ohne sich selbst mit einer der Gruppen zu identifizieren. Welche Macht nun Kassem tatsächlich repräsentiert, wird wenigstens bis zu seinem Sturz sein Geheimnis bleiben. Sicherlich steht ein wesentlicher Teil des Offizierskorps bzw. der Armee hinter ihm. Genauso sicher ist, daß er in derselben Armee nicht wenige Gegner und ausgesprochene Feinde hat. Daß Kassem dennoch regieren

kann, ist eben nur so erklärlich, daß im arabischen Orient die Person sehr viel mehr zählt als eine Partei oder ein Programm und daß eine personalistische und autoritäre Regierungsform nicht nur möglich ist, sondern sogar erwartet wird, gleichgültig, ob es sich um ein pseudodemokratisches oder um ein autoritäres Regime handelt.

Die Abwendung von den Kommunisten

In der bisherigen Entwicklung der Innenpolitik lassen sich etwa die folgenden Phasen unterscheiden: In den ersten Monaten nach der Revolution arbeitete die Revolutionsregierung mit den panarabischen Gruppen zusammen, d. h. jenen, die einen Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik (VAR) suchten. Zugleich wurden die Kommunisten, die gerade aus der Illegalität hervorgetreten waren, geduldet und unterstützt. Kassem selber arbeitete sehr bald gegen die Union mit der VAR, bediente sich aber weiterhin der Panarabisten. Die irakischen Nationalisten blieben während dieser Zeit eher im Hintergrund. Außenpolitisch wurden die Beziehungen zur VAR und zur Sowjetunion gepflegt. In dem gleichen Maße, als der nasseristische Einfluß im Irak zurückgedrängt wurde, wurden die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Gruppen unterstützt, so daß die Nasseristen, um die nunmehr „prokommunistische“ und auf jeden Fall antinasseristische Regierung Kassem zu stürzen, ihre Rettung in einem Putschversuch, dem Aufstand von Mossul, versuchten, der von den Anhängern Kassem und den Kommunisten gemeinsam niedergeschlagen wurde. Die Beziehungen zur VAR erreichten in der Folge einen Tiefstand, die zur Sowjetunion und China dagegen einen gewissen Höhepunkt. Faktisch haben zu jener Zeit, d. h. nach dem Aufstand von Mossul, die Kommunisten und ihre Anhänger das innenpolitische Feld beherrscht.

Der Rückschlag für die Kommunisten kam am 13. Juli 1959 mit dem Massaker in Kirkuk (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 26). Die Ursachen dieses Massakers sind kaum in der Politik zu suchen, sondern in den Spannungen zwischen zwei verfeindeten ethnischen Gruppen. Es ist unklar, was die Kommunisten, die immerhin erheblich an dem Massaker beteiligt waren, sich davon versprochen haben. Sicherlich nicht den Auftakt zu einer gewaltsamen Machtübernahme im Irak. Obgleich sich die Kommunisten von den Vorgängen in Kirkuk distanzieren und einige Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen wurden, begann Kassem in der Folge ihre Macht erheblich einzuschränken und gleichzeitig die „bürgerliche Mitte“ zu unterstützen. (Diese Bezeichnung ist allerdings nur annähernd richtig, denn es sind fast alle Parteien bürgerlich, jede nennt sich aber auch, anstandshalber, sozialistisch.)

Die irakische Regierung hat im Laufe des Jahres 1960 eine ganze Reihe wichtiger kommunistischer Positionen liquidiert. Die kommunistische Volksmiliz scheint wirklich aufgelöst zu sein (doch gibt es sicherlich noch illegale bewaffnete Gruppen). Der Einfluß in den Gewerkschaften wurde nicht ohne äußeren Druck gebrochen, ohne daß es deshalb etwa zu Unruhen unter der organisierten Arbeiterschaft gekommen wäre (L'Orient, 30. 11. 60). Die eigentliche kommunistische Partei wurde bei der Neuzulassung der Parteien nicht lizenziert, dagegen eine Splittergruppe unter der Führung Daud el Sajeghs, der vermutlich niemanden außer sich selbst repräsentiert. Das offizielle Organ der kommunistischen Partei wurde suspendiert, der Chefredakteur befindet sich angeblich in Haft.

Schwerer vielleicht noch als durch diese unmittelbaren Maßnahmen wird die kommunistische Partei durch den „Protektionsentzug“ betroffen. So wie die Sicherheitsorgane bis zum Jahre 1959 nichts zum Schutz der panarabischen Gegner der Regierung unternahmen und sie dem Terror der Kommunisten überließen, so werden heute die Kommunisten dem Terror der Gegner überlassen, ohne daß die Polizei sich weiter darum bekümmert. Da die Kommunisten manche Mordtat begangen haben, unterliegen sie heute der Blutrache, die sich jeweils über die ganze Familie erstreckt (gelegentlich werden auch manche ermordet, die nicht unbedingt der Blutrache unterliegen würden). Die reichlich blutigen Auseinandersetzungen zwischen Nationaldemokraten und Kommunisten gleichen eher einer Stammesfehde als einem politischen Machtkampf. Die Zahl der so durch Blutrache Getöteten ist unbekannt und wird wohl im Irak nicht besonders registriert. Sie ist aber sicherlich nicht unbeträchtlich. (Vergleichsweise könnte man die Zahlen aus dem Libanon heranziehen. In diesem kleinen Lande fallen im Laufe eines Jahres ca. 300 Personen der Blutrache zum Opfer.) Am stärksten sollen von dem antikommunistischen Terror die Angehörigen der ethnischen und religiösen Minoritäten, die Kurden, Chaldäer, Armenier, Assyrer, betroffen sein, die sich kurz nach der Revolution in irgendeiner Form den Kommunisten angeschlossen hatten (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 8. 1. 61, und Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443).

Ungebrochen ist die Macht der Kommunisten unter den Kurden. Hier arbeiten die „Demokratische Partei für das Kurdistan des Iraks“, die selber den Kommunisten sehr nahesteht, aber nicht eigentlich kommunistisch ist, und die Kommunistische Partei des Iraks, der viele Kurden angehören, zusammen, zuweilen aber auch gegeneinander. Die Differenzen zwischen diesen beiden Parteien entstehen vor allem durch den Kampf um die politische Vorherrschaft unter den Kurden. In der Organisation, den Methoden und den Nahzielen sind die beiden Parteien jedoch fast identisch.

Es werden immer wieder Vermutungen geäußert, daß die Mißerfolge der irakischen Kommunisten wenigstens teilweise auf ideologische Differenzen innerhalb der Partei zurückzuführen sind, so wie sie in den kommunistischen Parteien häufig auftreten. Es geht hier besonders um die Frage, inwieweit mit den nationalistisch-bürgerlichen Gruppen paktiert werden soll und welche Kampfaktik im Irak anzuwenden ist. Es ist auch immer wieder von den sich geradezu widersprechenden Einflüssen der kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas zu hören. Was nun wirklich geschah und geschieht, wissen vielleicht nicht einmal die Kommunisten selber. Zweifellos gibt es in der irakischen Partei wenigstens eine Spaltung, denn die gibt es in jeder arabischen Partei. Daß die Parteiführer sich in endlosen und fruchtlosen ideologischen Diskussionen und persönlichen Differenzen verlieren, darf man unbesehen glauben. Den entscheidenden Faktor bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Irak wird man im Lande selber suchen müssen. Es gibt Gruppen, die auf Grund ihrer besonderen Situation dazu neigen, eine gewaltsame Revolution für die im Irak richtige Taktik zu betrachten. Die Kurden z. B., die sich beinahe chronisch in einem bewaffneten Aufstand gegen die Zentralregierung befinden, werden kaum eine eher demokratische Methode der Machtübernahme befürworten. Auch überall dort, wo Kommunisten ein bestimmtes Gebiet, ein Dorf oder ein

Stadtquartier beherrschen, und das ist im Irak gar nicht so selten, sind die natürlichen Voraussetzungen für die Linie des gewaltsamen Umsturzes gegeben. Die ideologischen Erwägungen, zu denen ohnehin nur wenige fähig sind, wird man nicht überschätzen dürfen. Zweifellos hat die kommunistische Partei im Irak im letzten Jahr sehr viel an Boden verloren. Ihr Einfluß dürfte heute auf das mögliche Minimum eingedämmt sein. Das bedeutet aber nicht, daß sie nicht noch immer über die vielleicht beste politische Organisation im Irak verfügt, die, wenn es nötig ist, mobilisiert werden kann.

Die Politik Kassem

Die Regierung stützt sich faktisch auf keine der bestehenden Parteien. Sie bevorzugt nur die eine oder andere. Es gibt heute nur noch eine Partei, die hinter der Regierung steht, die nationale progressive Partei unter der Führung Mohammed Hadids. Wie stark diese Partei ist, weiß niemand. Sie soll eine gewisse Massenbasis unter der Bauernschaft haben, was aber gar nichts besagen will, denn die irakischen Bauern sind noch längst keine politische Macht.

Kassem stützt sich im wesentlichen nur auf die Armee und die Polizei und auf den Beamtenapparat. Diese Gruppen werden wie einst zur Zeit Nuri es Saids durch eine angemessene Versorgung verwöhnt und gefügig gemacht. Sieht man von einigen Unterschieden ab, so kommt man zu der merkwürdigen Feststellung, daß Kassem kaum anders regiert als vorher Nuri es Said, nämlich mit Hilfe der Armee und der Polizei — der König hat ohnehin nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der wesentlichste Unterschied ist wohl der, daß die früher maßgebende Schicht der „Feudalherren“, die „zweihundertfünfzig Schechs“, ausgeschaltet und zum Teil auch liquidiert wurde und daß das Regime sich nun sozial oder auch sozialistisch nennt.

Das größte Unternehmen der Revolutionsregierung, die seit Jahren überfällige Bodenreform, ist noch nicht sehr weit gediehen. Nach dem Gesetz von 1958 sollten 8 288 420 Donum (1 Donum = 250 qm) Land enteignet und verteilt werden. Bis zum Dezember 1960 wurden tatsächlich 3 699 674 Donum enteignet, und zwar von 1304 Eigentümern. Zusammen mit staatlichem Grundbesitz (Miri) wurden ca. 6 Millionen Donum an Bauern verpachtet, aber nur ca. 500 000 Donum an 8706 Familien übereignet („Neue Zürcher Zeitung“, 15. 1. 61). Eine der wichtigsten Maßnahmen der Regierung war die Übernahme der meisten Bewässerungseinrichtungen unter ihre Kontrolle. Diese hatten bisher nur zu oft dazu gedient, die Bauern und Pächter durch wucherische Abgaben zu erpressen. Die Regierung hat sich hier ein nicht zu unterschätzendes Machtinstrument geschaffen. Sie übernimmt nicht zuletzt die Macht der früheren Großgrundbesitzer, indem sie nun selber Boden und Wasser kontrolliert und sich die so von ihr abhängige Bauernschaft gefügig machen kann.

Nach einigen Korrespondentenberichten soll unter weiten Kreisen der Bevölkerung Ärger und Verbitterung über die rückständige Bodenreform und den gleichbleibend niedrigen Lebensstandard der Massen herrschen. Es sind dies die typischen Vorwürfe, die zu jeder Zeit und jeder arabischen Regierung gemacht werden können und auch gemacht werden. Von allzu großer Bedeutung sind sie nicht. Die sozialen Revolutionen werden im arabischen Orient „von oben“ gemacht. Daß eine Revolutionsregierung feierlich erklärt, sie wolle und könne alle ihre Zeitgenossen satt

machen, und es dann nicht tut, ist im arabischen Osten vielleicht ein ausreichender Grund für die Demission des Ministers für öffentliche Aufklärung. Einen Aufstand der Massen hat dies bisher noch nie zur Folge gehabt.

Die irakische Außenpolitik

Weniger undurchsichtig als die innenpolitischen Verhältnisse ist die Außenpolitik der Regierung Kassem, die gerade in den letzten Wochen einige Erfolge verzeichnen konnte. Wie weit Kassem selber oder der Außenminister Haschim Jawad die Außenpolitik bestimmen, ist nicht leicht zu sagen. Sicher aber ist Jawad heute einer der fähigsten und geschicktesten Politiker im Orient überhaupt, der sich vor vielen seiner Kollegen in anderen arabischen Staaten durch ein ausgewogenes und vernünftiges Urteil und vor allem durch ein sonst ungewohntes Maß von Realismus auszeichnet.

In der irakischen Außenpolitik gibt es zwei Schwerpunkte: das Verhältnis zur VAR und das Verhältnis zur Sowjetunion. Obgleich der Irak recht ansehnliche Hilfeleistungen von der Sowjetunion empfangen hat und obgleich Kassem seine Freundschaft zur Sowjetunion immer wieder bezeugt, scheint es dem Irak im Gegensatz zur VAR doch noch immer gelungen zu sein, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu bewahren. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß die irakische Regierung sich „weltpolitisch“ kaum engagierte und im Gegensatz zur VAR keine expansionistischen Ziele verfolgt, bei denen man der Hilfe der Sowjets bedürfte. Der Irak versucht heute eine echte Neutralitätspolitik durchzuführen, und zwar als Neutralität ohne Anschluß an einen „dritten Block“. Es scheint, als versuche Kassem auf die Linie Nehrus einzuschwenken, was ihm tatsächlich ein Höchstmaß an Unabhängigkeit gewährleisten würde.

Die sowjetische Wirtschaftshilfe erhält zwar noch immer eine weitverbreitete Publizität, aber in Wirklichkeit überwiegen die Kontakte mit dem Westen, nur werden diese eher verschwiegen. Die 700 sowjetrussischen und chinesischen Experten, die im Irak tätig sind, sollen nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ (8. 1. 61) dank ihrer Unkenntnis der Sprache und ihres Geizes ohne propagandistischen Effekt geblieben sein. Ob dieses Verhältnis zur Sowjetunion sich auf die Dauer aufrechterhalten läßt, ist eine andere Frage, denn auch die Russen werden eines Tages prüfen, inwieweit ihre Investitionen im Irak noch lohnend sind.

Das Verhältnis zur VAR wirkt auch heute noch bestimmend auf die Innenpolitik Kassem. Seine Anhänger versuchen die Unabhängigkeit des Irak zu erhalten. Die meisten seiner Gegner suchen einen Anschluß an die VAR, sei es nun in Form einer lockeren Föderation, des Beitritts zu den „Vereinigten Arabischen Staaten“ (denen außer der VAR nur noch der Jemen angehört) oder der direkten Union. Jawad formulierte dagegen die Haltung seiner Regierung im Sommer 1960 wie folgt: „Jedes arabische Land hat seine eigene politische Persönlichkeit, die von allen anerkannt und respektiert werden muß“; „lassen wir künftigen Generationen die Sorge um die Schaffung der Union. Diese Union ist verfrüht. Begnügen wir uns damit, eng und offen im Rahmen der Arabischen Liga zusammenzuarbeiten“ (L'Orient, 21. 8. u. 23. 8. 60).

Kassem würde es bis zu einer innenpolitischen Konsolidierung genügen, wenn Nasser dieser Formulierung wenigstens für den Irak zustimmen würde. Nasser wird dies freiwillig kaum tun, denn er kann seinen Parteigän-

gern im Irak nicht gut in den Rücken fallen, ohne sein Gesicht zu verlieren. Jawads Politik ist nun darauf gerichtet, einerseits Nasser unter einen entsprechend starken Druck zu setzen, andererseits die Tür für eine Verständigung möglichst weit zu öffnen. Die Situation war im letzten Jahre günstig, denn Nasser konnte im vergangenen Jahr nur Mißerfolge aufweisen: Seine Afrikapolitik war ein Fiasko, und in Syrien werden die Widerstände gegen die Union immer stärker.

Jawad hat nun erst einmal für möglichst gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten, zu Jordanien, Persien und der Türkei gesorgt und anschließend Nasser aufs herzlichste zur Zusammenarbeit mit dem Irak im Rahmen der Arabischen Liga eingeladen. Es ist ihm schließlich gelungen, daß die Konferenz der Arabischen Liga im Januar 1961 in Bagdad abgehalten wurde statt in Kairo oder auf „neutralem“ Boden im Libanon, was ein bedeutender Prestigegewinn für Kassem war. Auch Tunesien, das wegen der Differenzen mit Nasser bisher die Liga boykottiert hatte, nahm an dieser Sitzung teil, was kaum als ein Zeichen der Verständigung zwischen Burgiba und Nasser, sondern eher als eine Anerkennung der Tatsache gelten darf, daß die ägyptische Vorherrschaft in der Liga, wenn nicht gebrochen, so doch zurückgedrängt wurde.

Die Konferenz selber verlief wie bisher alle Konferenzen der Arabischen Liga ergebnislos. Einige Beschlüsse über die wichtigsten Fragen (z. B. Palästina) wurden geheimgehalten. Eine solche Maßnahme ist durchaus verständlich, nur stellt sich immer wieder heraus, daß die geheimen Beschlüsse nur die nicht erreichte Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen verdecken muß. Übereinstimmung wurde bei den Konferenzen der Arabischen Liga immer nur in den Fragen erzielt, die nicht mehr als ein Mitglied der Liga betreffen, so z. B. in der Oman-Frage oder über die territorialen Ansprüche des Jemen in Aden.

Wieweit es Jawad nun gelingt, seine Politik der „freundschaftlichen Verständigung“ durchzusetzen, vermag heute noch niemand zu sagen. Es hängt schließlich sehr viel davon ab, ob Nasser sich in Zukunft noch stärker in Afrika engagieren wird, was ihn zu einer Vernachlässigung des arabischen Ostens zwingen würde. So viel scheint heute jedoch gewiß: Jede Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Irak und der VAR wird die Position der Kommunisten im Irak stärken.

Aus der totalitären Welt

Zum Kommuniqué des SED-Politbüros zu Problemen der Jugend

Am 11. 2. 1961 veröffentlichte das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ ein Kommuniqué des Politbüros zu Jugendfragen. Dieses Kommuniqué

ist recht bezeichnend, denn es ist in manchen Punkten ein Eingeständnis von Mißerfolgen in der kommunistischen Jugenderziehung. Auf Grund der mangelhaften Ergebnisse der kommunistischen Jugendbeeinflussung mußte sich das Politbüro zu verschiedenen Zugeständnissen entschließen, um den Druck auf die Jugend etwas zu mildern, d. h., es muß in anderen Formen und mit mehr Überzeugung versuchen, die Jugend für sich zu gewinnen.

Selbst in dem einleitenden Abschnitt dieser Stellungnahme des SED-Politbüros, die ja ein Loblied auf den Sozialismus und die „Errungenschaften in der DDR“ ist, muß man eingestehen: